

Interessant ist die Aussage, daß Nordsee und Ostsee als Gebiete relativ hochentwickelter Grenzen und erfolgreich gelöster Konflikte anzusehen sind, während Mittelmeer (Ägäis) und südkinesisches Meer noch viel Konflikstoff bieten. Allerdings ist der intensive weltweite Prozeß der Findung von Seegrenzen noch nicht abgeschlossen, wobei es immer wieder überrascht, daß auch alte und scheinbar unüberwindliche Konflikte, wie der zwischen Argentinien und Chile in den Gewässern südlich von Feuerland, friedlich gelöst werden können.

Kritische Völkerrechtler werden je nach Standpunkt gelegentlich den etwas sorglosen Umgang mit Begriffen wie z.B. "semi-enclosed-seas" (Seite 257) oder "historic bays" (Seite 260) bemängeln. Ärgerlich ist dagegen die etwas unsystematische Darstellung der Seegrenzen auf den im übrigen guten Kartenskizzen. Die Legenden der Karten wechseln häufig, und manchmal kommt es auch zu Verwechslungen zwischen "Kilometern" und "Seemeilen" wie z.B. auf Seite 286.

Abgesehen von diesen mehr äußerlichen Kritikpunkten ist das Buch von Prescott sehr nützlich für Geographen, Völkerrechtler, Wirtschaftler und Politiker und alle diejenigen, die mit der Präzisierung oder Berücksichtigung von eigenen bzw. fremden Seegrenzen befaßt sind, die heute für alle Meeresnutzungen eine wachsende Rolle spielen. Das Buch ist schließlich ein gutes Beispiel für die im angelsächsischen Bereich hochentwickelte, aber in Deutschland leider vernachlässigte Disziplin der Geopolitik.

Uwe Jenisch

Peter J. Beck

The Falkland Islands as an International Problem

London/New York 1988 (Routledge), 211 S., £ 35.00

Annegret I. Haffa

Beagle-Konflikt und Falkland (Malwinen)-Krieg. Zur Außenpolitik der argentinischen Militärregierung 1976 bis 1983

München / London / Köln 1987 (Weltforum), 435 S., DM 69,-

Sechs Jahre nach seiner Beendigung vermag der Falkland-Krieg noch immer zu faszinieren. Daß er in diesem Maße auf das ungeteilte Interesse von Forschung, Wissenschaft und Leserpublikum zählen kann, erklärt sich aus der Tatsache, daß der Falkland-Krieg eigentlich ein "unmöglicher" Krieg war - unmöglich in dem Sinne, daß er nach den gängigen Vorstellungen, aber auch nach dem Kalkül der Fachleute, gar nicht hätte stattfinden können. Zu sehr hatte die Öffentlichkeit dem Bild vertraut, daß nach Beendigung der Dekolonisierung ein Krieg unter Beteiligung einer westlichen Demokratie, wenn überhaupt,

nur vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation denkbar sei. Dagegen wurden im Verhältnis der westlichen Verbündeten zueinander wie auch zu den gleichsam "Verbündeten", weil wirtschaftlich und ideologisch weitgehend homogenen Staaten der westlichen Hemisphere, die gemeinsamen Bande, Werte und Dialogbedingungen als so zwingend angesehen, daß ein Krieg zwischen diesen außerhalb jeder Vorstellung lag. Insoweit stellte der Falkland-Krieg, so sehr man in ihm noch heute ein Unicum sehen mag, auch die Forschung vor neue Fragen, die sie dazu zwingen, die bis dahin gültigen Maxime von der Entstehung moderner Kriege zu revidieren.

Unter dieser Voraussetzung indes erfüllen nicht alle Veröffentlichungen über den Falkland-Krieg die Erwartungen. In der Reihe der bisher zu diesem Thema erschienen Publikationen zeichnet sich Peter Becks 1988 erschienene Arbeit durch eine gewisse Solidität, jedoch nicht durch eine besondere Originalität aus, weder in der Darstellung der strittigen Völkerrechtsfragen noch in der Bewertung der politischen Vorgänge. Auch die Auswertung des Konfliktgeschehens im Hinblick auf die zu ziehenden theoretischen und praktischen Folgerungen ist schon überzeugender in dem von Alberto C. Coll und Anthony C. Arend 1985 herausgegebenen Band ("The Falklands War. Lessons for Strategy, Diplomacy and International Law") vorgenommen worden (vgl. meinen Besprechungsbeitrag in VRÜ 1987, S. 255-268). Zu diesem Bild trägt auch die ganz unzulängliche Berücksichtigung der außerhalb des englischen Schrifttums erschienenen Monographien über den Falkland-Konflikt vor und nach Ausbruch des Krieges 1982 bei - allein in der Bundesrepublik erschienen drei monographische Untersuchungen (H. Weber - 1977, B. Hillekamps - 1978, R. Dolzer, 1986), die in der Bibliographie Peter Becks nicht aufgeführt sind. Immerhin bietet Becks Buch einen gestrafften Überblick über die Ausgangsfragen, den historischen Streit um den Rechtstitel, den Verlauf des Souveränitätskonflikts zwischen Buenos Aires und London nach der britischen Inbesitznahme 1833 sowie über Ausbruch und Verlauf des Krieges 1982 selbst. Zuletzt wird der Versuch einer Bestandsaufnahme unternommen, sowohl der Kriegsfolgen als auch des derzeitigen Streitstands, der am besten durch "Verhandlungsstillstand" zu charakterisieren ist. Zu erwähnen sind auch 15 Karten, Zählensaufstellungen und Ereignisübersichten, die den Informationswert des Beck'schen Buches erhöhen, ohne es dadurch schon als eine besondere Forschungsleistung erscheinen zu lassen.

Solche Erwartungen werden, nicht zuletzt von der Fragestellung her gesehen, eher durch die Arbeit Annegret I. Haffas erfüllt. Die Autorin untersucht im Vergleich des Falkland-Krieges mit dem zweiten der beiden anachronistischen Konfrontationen im Südatlantik zu Beginn der achtziger Jahre, dem zwischen Argentinien und Chile um den Besitz einiger Inseln im "Beagle-Kanal" entstandenen Streit, die Frage, ob sich aus der Außenpolitik Argentiniens unter der Herrschaft der Militärregime in den Jahren 1976 bis 1983 ein verändertes Konfliktverhalten Lateinamerikas vor dem Hintergrund veränderter außenpolitischer Ziele ablesen läßt.

Annegret Haffa beschreibt zunächst die traditionellen Beziehungsmuster in der lateinamerikanischen Region, vor allem die Rolle des Militärs, den Mangel an zwischenstaatlichem

Konfliktpotential wie auch die Politik des friedlichen Ausgleichs als Politik bestimmende Konstanten, um dann im Beagle-Konflikt und im Falkland-Konflikt zwei davon abweichende Verhaltensmuster zu erkennen. Beide Konflikte hätten zwar wie viele andere Konflikte in dieser Region ihre lange Vorgeschichte, seien durch historische und sich widersprechende Territorialforderungen gekennzeichnet, begleitet von unterschiedlichen Vertragsinterpretationen und zeitweiligen Formelkompromissen, seien aber trotz ihres prinzipiellen Stellenwertes für das jeweilige Staatsverständnis erst in jünster Zeit in die Gefahrenzone regelrechter kriegesischer Auseinandersetzungen oder der Drohung mit solchen geraten, als unter dem Einfluß der UN-Seerechtskonferenz und der dort zur Sprache gekommenen grundlegenden Reformvorstellungen in der Frage der Abgrenzung ressourcenverdächtiger Küstenmeereszonen zum ausschließlichen Nutzen der Meeresanlieger die räumliche Ausdehnung der Staaten in dieser Region eine neue Dimension gewann. Auch die Neubewertung der Ansprüche Argentiniens und Chiles auf die Nutzung des antarktischen Territoriums, unter den unterschiedlichsten Anknüpfungspunkten habe der außenpolitischen Zielsetzung unter geographischen und geopolitischen Vorzeichen eine neue Komponente hinzugefügt.

Annegret Haffa meint, daß die geographisch-geopolitische Neuorientierung der Außenpolitik Argentiniens und Chiles, zweier wichtiger Staaten der lateinamerikanischen Hemisphäre, unter der Voraussetzung bestimmter unveränderlicher geographischer Kennzeichen dieser Staaten in der Doktrin von der "nationalen Sicherheit" wiedererkannt werden könne. In dieser Doktrin, mit der eine Abwendung von den traditionellen Streitbeilegungsinstrumenten und -mechanismen einhergehen, habe die von neuen Raumvorstellungen bestimmte Außenpolitik eine Legitimation erhalten, die sich nicht nur in den Beziehungen der Staaten konfliktverschärfend ausgewirkt, sondern darüber hinaus auch im Innern negative Folgen gezeigt habe.

Dieser Doktrin, erweitert zur Doktrin der "nationalen Sicherheit und Entwicklung", habe sich alles soziale, wirtschaftliche und politische Handeln unterzuordnen. Demgegenüber haben Pluralismus, Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Konflikte, die einer offenen Gesellschaft als notwendige Säulen jeder auf humanitären Grundlagen errichteten Staatlichkeit gelten, alle Kennzeichen einer "nationalen" Bedrohung, der mit der Einschränkung aller wichtigen Grundrechte begegnet werden. Von der Repression des Staates wird die Befragung der Gesellschaft auf Konfliktursachen hin ebenso erfaßt wie die unterschiedliche Akzeptanz im Meinungsspektrum der Öffentlichkeit, wodurch der Ausnahmezustand auf breiter Front als Normalzustand erscheine.

Der von Annegret Haffa konstatierte politische Wandel in Lateinamerika in Richtung auf neue räumliche und die bisherigen Territorialkorrekturen überschreitende außenpolitische Zielsetzungen wäre, wenn die Autorin mit ihren Bewertungen Recht behielte, erstaunlich, bedenkt man, daß Lateinamerika, wie Haffa selbst hervorhebt, sich in der Innenpolitik regelmäßig durch einen betonten Legalismus und in der Außenpolitik durch Pragmatismus fernab von jeglichem Dogmatismus ausgezeichnet hat. Vor allem im Instrument der schiedsrichterlichen Entscheidung und im politischen Kompromiß haben lateinamerikani-

sche Staaten seit jeher Optionen gesehen, die den europäischen Mächten erst auf dem Erfahrungshintergrund zweier Weltkriege als nachahmenswert erschienen sind. Es fragt sich daher, ob tatsächlich ein neues geopolitisches Denken in die lateinamerikanischen Regionalbeziehungen Einzug gehalten hat, das die traditionell umstrittenen Territorialfragen langfristig in ein neues Licht tauchen, für das eine zunehmende Expansion, eine größere Bereitschaft zur Gewaltanwendung und ein unter diesen Voraussetzungen schwieriger zu erreichender Friedenszustand kennzeichnend sein würden.

Der Rezensent glaubt nicht, daß die - zugestandenermaßen im Falkland-Krieg zutage getretene - größere Bereitschaft zur bewaffneten Gewaltanwendung eine Umkehr traditioneller Verhaltensmuster in den lateinamerikanischen Regionalbeziehungen andeutet. Schon eher deuten Konflikte wie der Falkland-Krieg oder der Beagle-Streit auf verschärfte Verteilungskämpfe im Innern hin angesichts eines weltweit veränderten Denkens der Menschen im Hinblick auf alte und neue Bedrohungen. Zu den letzteren wären die sich immer klarer abzeichnenden Umweltgefahren im weitesten Sinne zu rechnen, wobei das Wissen um die unzureichenden Lösungen, die sich auf absehbare Zeit am Horizont abzeichnen, die Schärfe der Auseinandersetzungen indirekt beeinflussen mögen. In solchen Umbruchzeiten lassen sich leicht anachronistische Ziele auf der Grundlage überholter Wertbegriffe formulieren, auf Dauer lassen sich solche Ziele unter den heutigen Gegebenheiten aber nicht realisieren.

Gerade der Beagle-Konflikt und der Falkland-Krieg können in ihrer Irrationalität und ökonomischen Sinnlosigkeit vor diesem Hintergrund auch anders verstanden werden: Wo Kooperation im weitesten Sinne angesagt ist, ihr aber aus Angst vor den Folgen ausgewichen wird, dort bietet eine rückwärtsgerichtete Doktrin der "nationalen Sicherheit" unter Einschränkung des universal gültigen Menschenrechtsstandards keine politische Alternative von Dauer. Dies beweist nicht nur der immer stärker hervortretende universale Trend, regionale Konflikte künftig in größerem Umfang unter internationale Kontrolle zu bringen, sondern auch die zunehmende Tendenz, den bewaffneten Austrag von Konflikten als unzeitgemäße Erbschaft der Militärregime international zu denunzieren. So gesehen könnte der letztlich im Beagle-Streit gefundene Ausgleich nicht nur als Bekenntnis Argentiniens und Chiles zu einem in der Region seit lange gültigen und praktizierten friedlichen Konfliktregelungsmechanismus verstanden werden, sondern ebenso als eine Politik, die sich dem internationalen Trend einordnet.

In diesem Bild repräsentierte dann nur der Falkland-Krieg den Schönheitsfehler, zu sehen vor allem in der totalen Sprachlosigkeit der beiden Konfliktparteien nach Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen. Aber auch sie ist zu erklären, beruht sie doch nach übereinstimmender Ansicht fast aller Beobachter nicht auf einer Abkehr von grundsätzlichen Positionen lateinamerikanischer Staaten in ihren Regionalbeziehungen, sondern auf der pointierten Hartnäckigkeit der spezifischen Thatcher-Politik, einer Politik, die wesentlich die Verschärfung, wenn auch nicht den Beginn, der kriegesischen Auseinandersetzungen zu verantworten hat und die durch das Beharren auf ihrer Forderung des "alles oder

nichts" es Argentinien bisher unmöglich gemacht hat, am Verhandlungstisch nach Lösungen zu suchen.

Hermann Weber